

## **Antrag**

**der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Heike Hänsel, Karin Binder, Ulrich Maurer, Monika Knoche, Dr. Lothar Bisky, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Lutz Heilmann, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Hermes-Bürgschaft für das Ilisu-Staudammprojekt zurückziehen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bundesregierung hat trotz internationaler Kritik eine Exportkreditversicherung über 93,5 Mio. Euro für die Beteiligung der ZÜBLIN AG am Bau des Ilisu-Staudamms am Tigris im Südosten der Türkei bewilligt. Am 14. August 2007 sind die Bürgschaften mit Unterzeichnung der Liefer- und Finanzierungsverträge wirksam geworden.
2. Zahlreiche Anwohner leisten gegen die Errichtung des Ilisu-Staudamms Widerstand. Im September 2006 wurde der Bundesregierung ein Brief zugestellt, den 35 000 Bewohnerinnen und Bewohner der Region unterzeichnet haben. Darin fordern sie die Bundesregierung auf, dem Bau des Staudamms die Unterstützung zu verweigern. Die Initiative „Rettet Hasankeyf“ hat eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof eingereicht, die zugelassen wurde.
3. Im Bundestag wurde die Debatte um die Ausfuhrleistungsgewährleistungen (Hermes-Bürgschaften) der Bundesregierung kritisch geführt. Sowohl die Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 16/2995) als auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Bundestagsdrucksache 16/2626) hatten bereits im Jahr 2006 einen Antrag eingereicht, in dem sie die Bundesregierung wegen der drohenden sozialen, ökologischen, menschenrechtlichen und sicherheitspolitischen Gefahren des Staudammprojektes aufforderten, Hermes-Bürgschaften für das Ilisu-Staudammprojekt nicht zu bewilligen.
4. Im Februar 2008 legte eine internationale Expertenkommission im Auftrag der Euler Hermes Kreditversicherung AG, der Österreichischen Kontrollbank AG und der Schweizerischen Exportrisikoversicherung einen Bericht vor, der die in der Bundestagsdebatte geäußerten Befürchtungen bestätigte. Der Bericht weist nach, dass die Türkei innerhalb der gewährten Frist zum Dezember 2007 zahlreiche der an die Vergabe der Exportkreditgarantien geknüpften 153 Auflagen nicht erfüllt hat. Die Experten stellen deutliche Mängel in der Einhaltung der internationalen Standards zum Schutz der Umwelt, Kulturgüter und der Menschen fest und bestätigen nachdrücklich, dass die Türkei sowohl internationale Auflagen als auch die Menschenrechte missachtet hat und die ökologischen Folgen für den Wasserhaushalt und die biologische Vielfalt unabsehbar sind.

5. Im April 2008 räumte die Bundesregierung auf Frage der Abgeordneten Ute Koczy ein, dass sie die Ergebnisse des Expertenberichtes „sehr besorgt“ zur Kenntnis genommen habe (Bundestagsdrucksache 16/8714; Plenarprotokoll 16/153). Sie erkennt an, dass die türkischen Stellen mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Verzug sind und dass die internationalen Weltbankstandards nicht eingehalten wurden. Die im Bereich Umsiedlung bereits eingeleiteten Enteignungsverfahren bezeichnete die Bundesregierung als „nicht akzeptabel“.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- aufgrund der sozialen, ökologischen, menschenrechtlichen und sicherheitspolitischen Bedenken,
- aufgrund der nicht hinnehmbaren Zerstörung des einzigartigen Kulturdenkmals Hasankeyf und
- der von der Türkei in diesem Zusammenhang nicht umgesetzten Verpflichtungen

die staatliche Ausführungsgewährleistungen (Hermes-Bürgschaft) für das Ilisu-Staudammprojekt ohne weitere Verzögerung zurückzuziehen.

Berlin, den 27. Mai 2008

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

### **Begründung**

1. Der Ilisu-Staudamm bedroht die Existenzgrundlage von 55 000 bis 78 000 Menschen. Mindestens 11 000 Menschen werden ihr gesamtes Land verlieren. Im Zuge der Baumaßnahmen des Staudamms wurde im Herbst 2007 mit ersten Enteignungen begonnen, entgegen den internationalen Auflagen und Abmachungen. Die bisher erfolgten Entschädigungen lagen weit unter dem internationalen Standard und reichen nicht zu einer Lebenssicherung der vertriebenen Menschen. Die bisher vorgeschlagenen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Lebensgrundlage der betroffenen Menschen wurden ohne ihr Einverständnis entwickelt und sind unzureichend.
2. Der Tigris ist ein grenzüberschreitender Fluss. Die Anrainerstaaten Syrien und Irak sind von der Aufstauung des Wassers maßgeblich betroffen. Der Ilisu-Staudamm ist Teil des groß angelegten Südostanatolien-Projektes (GAP), dessen Finanzvolumen auf insgesamt 32 Mrd. US-Dollar geschätzt wird und in dessen Rahmen zahlreiche weitere Aufstauungen von Euphrat und Tigris vorgesehen sind. Dennoch hat die Türkei die betroffenen Anrainerstaaten völkerrechtswidrig nicht in die Planung mit einbezogen. Insbesondere in den wasserarmen Sommermonaten droht der Staudamm zu einer Quelle internationaler Spannungen zu werden, wenn der Wasserdurchfluss nach Syrien und in den Irak drastisch reduziert werden könnte. Hier zeichnen sich drohende Konflikte um die Ressource Wasser mit unabsehbaren Folgen ab.
3. Es existiert kein Umweltmanagementplan für einzelne Bauphasen und -aktivitäten. Der im Februar 2008 vorgelegte Bericht der Umweltexperten bewertet die vorhandenen Abwasserbehandlungsanlagen in der Region als unzureichend. Die Fortschritte bei Planung und Bau von drei weiteren Abwasserbe-

handlungsanlagen im Projektgebiet liegen weit hinter dem Zeitplan zurück. Studien zur Wasserqualität und Biodiversität wurden noch nicht erstellt, obwohl der Bau des Staudamms voranschreitet und die Umwelt sich jetzt schon maßgeblich und unwiederbringlich verändert. Solange die Auswirkungen des Staudamms auf Wasserführung, Wasserqualität und Artenvielfalt der Region ungeklärt sind, ist es unverantwortlich, mit dem Projekt weiter voranzuschreiten.

4. Die Sicherung der regionalen Trinkwasserversorgung und die Bewässerung der türkischen Landwirtschaft sind für die ländliche Entwicklung von hoher Bedeutung. Doch fanden im Zuge der Debatte einer nachhaltigen Wasserbewirtschaftung Alternativen zum Großstaudamm – wie z. B. der Bau von Untergrundtalsperren – keine Beachtung.

Das Ilisu-Staudammprojekt droht unwiederbringliche Kulturgüter zu vernichten. Im Falle der geplanten Flutung einer Landfläche von 313 Quadratkilometern würden die immensen kulturellen Schätze der Jahrtausende alten Stadt Hasankeyf und der Umgebung für immer untergehen. Die Stadt gilt als eine der ältesten Siedlungen der menschlichen Zivilisation. Der Expertenbericht zeigt auf, dass es keinen Projektplan zu den Ausgrabungs- und Erhaltungsmaßnahmen für die Kulturgüter gibt. Im Oktober 2007 räumte Melik Ayaz als Verantwortlicher für Ausgrabungen und Forschungen des türkischen Kultur- und Tourismusministeriums ein, dass Hasankeyf „nicht in 500 Jahren Arbeit an einem anderen Ort“ wieder aufzubauen sei.

